




## **BÖGEL: TAL-Entgelte dürfen Wettbewerb im Telekommunikationsmarkt nicht einschränken**

BÖGEL: TAL-Entgelte dürfen Wettbewerb im Telekommunikationsmarkt nicht einschränken  
Zur Entscheidung der Bundesnetzagentur über die Entgelte für den Zugang zur Teilnehmeranschlussleitung erklärt die Beauftragte für IT-Kommunikation der FDP-Bundestagsfraktion Claudia BÖGEL: Die Senkung der KVz-TAL ist ein richtiges, wenn auch zaghaftes positives Signal der Bundesnetzagentur in Richtung Wettbewerb im Telekommunikationsmarkt in Deutschland. Die Anhebung der HVt-TAL hingegen sendet ein falsches Signal an die ausbauenden Telekommunikationsunternehmen. Die Erhöhung der HVt-TAL mindert die Investitionsfähigkeit der ausbauenden Unternehmen und bremst den Wettbewerb im Telekommunikationsmarkt massiv. Insbesondere die Versorgung der ländlichen Gebiete mit schnellem Internet ist aufgrund höherpreisiger Vorleistungsprodukte für die Wettbewerber nicht mehr rentabel. Vielmehr werden mit der gegenwärtig geltenden Entgelthöhe bereits beträchtliche Nettoeinnahmen generiert, die in den Ausbau der Breitband-Infrastruktur investiert werden könnten. Der von der Bundesregierung anvisierte flächendeckende Breitbandausbau kann letztlich nur im Wettbewerb aller Telekommunikationsanbieter erreicht werden. Wir haben uns immer wieder gegen eine weitere Erhöhung der Entgelte für die Teilnehmeranschlussleitung ausgesprochen. Nur ein angemessener TAL-Preis kann den Wettbewerb im Telekommunikationsmarkt und damit die Erreichung der Breitbandziele der Bundesregierung sicherstellen. Die Entgelte für die Teilnehmeranschlussleitung dürfen nicht zu Wettbewerbsvorteilen bestimmter Unternehmen im Breitbandmarkt führen.  
FDP  
Thomas-Dehler-Haus, Reinhardtstrasse 14  
10117 Berlin  
Deutschland  
Telefon: 030 - 28 49 58 43  
Telefax: 030 - 28 49 58 42  
Mail: presse@fdp.de  
URL: <http://www.fdp.de>  


### **Pressekontakt**

FDP

10117 Berlin

fdp.de  
presse@fdp.de

### **Firmenkontakt**

FDP

10117 Berlin

fdp.de  
presse@fdp.de

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichte Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.